

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Gemeinsam für ein soziales Nordrhein-Westfalen

Arme erheben ihre Stimme:

»Im Prinzip guckt man nur zu,
wie andere Leute leben«

Beitrag der Freien Wohlfahrtspflege NRW zum
NRW-Sozialbericht 2026



Inhaltsverzeichnis

1. Wir wollen leben – dafür brauchen wir Zugänge!	6
2. Zugänge sind der Schlüssel zum Leben!	7
3. Zwölf Expertinnen und Experten berichten in eigener Sache	9
3.1 Zugänge zu Bildung und Arbeit	9
»Ohne Arbeit fällt mir die Decke auf den Kopf«	10
Mit Mut und Geduld zur Ausbildung	12
Zwischen Familie, Schule und neuen Chancen	14
Sprache ist der Schlüssel zum Erfolg	16
3.2 Zugänge zum Wohnen	18
»Mein derzeit größtes Problem ist Mathe«	19
»Das Problem ist: Wir sind in Deutschland«	21
3.3 Zugänge zu Mobilität, Digitalisierung und soziokultureller Teilhabe	23
»Wenn du auf der Straße lebst, kriegst du keinen Handyvertrag«	24
»Wenn man keinen digitalen Zugang hat – dann hat man eben Pech«	26
»Ich möchte einfach wieder am Leben teilhaben dürfen«	28
3.4 Zugänge zu Gesundheit	30
»Im Prinzip guckt man nur zu, wie andere Leute leben«	32
»Ich brauche nicht mehr so viel wie früher«	34
»Das Ehrenamt hat mir meine Würde zurückgegeben«	36
4. Und jetzt?	38
Lösungen aus der Praxis	38
Impressum	43

Arme erheben ihre Stimme:

»Im Prinzip guckt man nur zu, wie andere Leute leben«



1. Wir wollen leben – dafür brauchen wir Zugänge!

Der Sozialbericht des Landes Nordrhein-Westfalen gehört seit 1992 zur etablierten Armutsberichterstattung der Landesregierung und ist von allen Parteien anerkannt. Seit 2004 wird der Bericht um den Blick auf Reichtum erweitert, und seit 2007 nimmt die Freie Wohlfahrtspflege die Gelegenheit wahr, Armut aus einer anderen Perspektive – der Lebenspraxis der Menschen, die in Armut leben – darzustellen.

Die Beteiligung der Freien Wohlfahrtspflege ist nicht in allen Bundesländern selbstverständlich und gewünscht. In dieser Hinsicht sind die Offenheit des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen und dessen Kooperationsbereitschaft positiv hervorzuheben und zu benennen.

Mit der Beteiligung am Sozialbericht 2026 des Landes Nordrhein-Westfalen nimmt die Freie Wohlfahrtspflege ihre Rolle als eigenständige Akteurin im Sozialstaat wahr. Ihr Ziel ist die Verbesserung von Lebenslagen insbeson-

dere der Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben, ausgegrenzt sind oder werden. Deren Interessen in den gesellschaftlichen Dialog einzubringen und sie als Expertinnen und Experten in eigener Sache selbst sprechen zu lassen – ihnen eine Stimme zu geben – ist ein Schritt zu mehr Teilhabe in und an der Gesellschaft.

Denn: Armut und soziale Ausgrenzung stellen kein individuelles Verschulden dar, sondern werden durch gesetzliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen verursacht, begünstigt oder auch verringert. Als sozialpolitische Akteure auf der kommunalen, der Länder- und Bundesebene tragen die Verbände dazu bei, für die Lebenslagen einkommensarmer und von sozialer Ausgrenzung betroffener Menschen zu sensibilisieren und einen politischen Diskurs mit dem Ziel einer Veränderung anzuregen. Dies gilt insbesondere für das in diesem Sozialbericht aufgenommene Schwerpunktthema »Zugänge«.

2. Zugänge sind der Schlüssel zum Leben!

Dem Siebten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zufolge lebt circa jeder sechste Mensch in Deutschland in Armut¹. Ein besonders hohes Armutsrisiko haben insbesondere (Langzeit-)Arbeitslose, Alleinerziehende, Kinder, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen².

Für viele Menschen mit Armutserfahrung stellt jedoch nicht allein die materielle Not die größte Hürde dar – vielmehr sind es häufig systemische und bürokratische Barrieren, die den Zugang zu staatlichen Leistungen oder Unterstützungsangeboten verhindern:

Undurchsichtige und komplexe Zuständigkeitsstrukturen führen dazu, dass Leistungsberechtigte von Behörde zu Behörde geschickt werden, ohne klare Antworten zu bekommen. Viele Leistungsberechtigte geben nach mehrfachen erfolglosen Versuchen entmutigt auf oder wenden sich schließlich an nicht-staatliche Beratungsstellen.

Wenn die Menschen die zuständigen Stellen erreichen, sehen sie sich oft mit komplizierten Antragsverfahren, umfangreichen Nachweispflichten sowie mangelndem Vertrauen durch die Mitarbeitenden der Ämter konfrontiert. Leistungsberechtigte wägen die Beantragung von Leistungen daher häufig ab und entscheiden sich teils dagegen – notwendige Unterstützungen bleiben so unerreichbar.

Darüber hinaus kann die fortschreitende Digitalisierung der Leistungsgewährung zu weiteren Ausschlüssen führen, wenn persönliche Beratung fehlt oder kein stabiler Zugang zu Technik und Internet besteht.

Auch nach Antragstellung sind Leistungsberechtigte regelmäßig mit langen Bearbeitungszeiten durch überlastete Behörden konfrontiert.

Hinzu kommen Stigmatisierungen von Anspruchsberechtigten in der öffentlichen Debatte. Diese verstärken Schamgefühle aufseiten der Leistungsberechtigten und führen in Teilen dazu, dass Menschen bewusst auf die Beantragung von Sozialleistungen verzichten.

Der häufig hochschwellige Zugang zu staatlichen Unterstützungen und Leistungen verstärkt und verfestigt somit die materielle Not und erschwert zugleich den Zugang zu Wohnraum, Arbeit, Bildung, Gesundheit und Teilhabe. Dies gilt insbesondere für Haushalte mit einem geringen Haushaltseinkommen.

Besonders hervorzuheben ist, dass die Bildungschancen von Kindern in hohem Maße von den Bildungsabschlüssen der Eltern abhängen. Wer in einem Elternhaus aufwächst, in dem die Eltern über einen Hochschulabschluss verfügen, erlangt mit hoher Wahrscheinlichkeit selbst einen entsprechenden Abschluss³.

In diesem Bericht erheben die Armen ihre Stimme. Zwölf Menschen aus Nordrhein-Westfalen erzählen ihre eigene Lebensgeschichte. Es sind Geschichten von großen persönlichen Erfolgen, schwierigen Lebensphasen, tiefen Abstürzen und von sehr viel Mut – wenn es darum geht, mutig Unterstützung in Anspruch zu nehmen und trotz zahlreicher Rückschläge nicht aufzuhören, an sich und die eigene Stärke zu glauben. Die Geschichten zeigen vielfältig, wo die Menschen auf Barrieren treffen und mit welchen Schlüsseln Zugänge möglich gemacht werden. Es wird deutlich, wie sehr die Zugänge zu den unterschiedlichen

Aspekten des Lebens miteinander verflochten sind. Zur Darstellung wird pro Geschichte der Zugang zu je einem Aspekt – Bildung und Arbeit, Wohnen, Mobilität, Digitalisierung, soziokulturelle Teilhabe sowie Gesundheit – in den Blick genommen.

¹ „Lebenslagen in Deutschland“. Der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Seite 101

² „Lebenslagen in Deutschland“. Der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Seite 97ff.

³ Wer aus einem akademischen Elternhaus kommt, hat um ein Vielfaches häufiger einen Hochschulabschluss als diejenigen, deren Eltern keinen akademischen Abschluss haben. Mehr als die Hälfte (56 %) der Erwachsenen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren, von denen mindestens ein Elternteil einen Hochschulabschluss hatte, verfügte 2021 selbst über einen Hochschulabschluss. In dieser Bevölkerungsgruppe war die Hochschulabschlagsquote damit dreimal so hoch wie bei jenen, deren Eltern maximal einen beruflichen Abschluss oder die Hochschulreife hatten (19 %), und fast fünfmal so hoch wie bei Menschen mit formal gering qualifizierten Eltern (12 %). Das berichtet das Statistische Bundesamt (Destatis) im [Nationalen Bildungsbericht](#) auf Basis einer Sondererhebung des Mikrozensus. Zum Vergleich: Unabhängig vom Bildungsstand der Eltern hatten 24 % der Erwachsenen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren einen Hochschulabschluss. ([Destatis Pressemitteilung](#))

3. Zwölf Expertinnen und Experten berichten in eigener Sache

3.1 Zugänge zu Bildung und Arbeit

Der im Dezember 2025 veröffentlichte Siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bestätigt, dass Bildung – und damit auch der Zugang zu einer Arbeit, die ein höheres Einkommen generiert – vom Einkommen der Eltern abhängig ist. »Für junge Menschen ist eine gute Bildung die Basis für einen erfolgreichen Berufsweg und damit Voraussetzung, um die eigene wirtschaftliche Eigenständigkeit im Lebensverlauf zu erreichen und zu sichern. Auch die berufliche Weiterbildung sowie Karrierewege spielen eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Eigenständigkeit. Bei der Beteiligung an Bildungsangeboten zeigen sich in allen Bildungssektoren deutliche soziale Disparitäten. Der sozioökonomische Hintergrund von Kindern und Jugendlichen prägt die Inanspruchnahme von Bildungsangeboten von frühkind-

licher Bildung bis hin zu non-formalen Bildungsangeboten im Schulalter. Im Erwachsenenalter steigt die Teilnahme an Weiterbildungen mit dem Vorliegen von Merkmalen wie einem höheren Bildungs- oder Erwerbsstatus. Auch Übergänge zwischen Statuspassagen, wie die Wahl der weiterführenden Schule, der höchste erreichte Schulabschluss, der Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Ausbildungsabschlusses oder eines Abbruchs und die Entscheidung für oder gegen ein Hochschulstudium bei vorhandener Hochschulreife hängen stark mit der sozialen Herkunft (Einkommen, Bildung und Beruf der Eltern) sowie dem Migrationshintergrund zusammen.«⁴

⁴ „Lebenslagen in Deutschland“. Der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Seite 382



»Ohne Arbeit fällt mir die Decke auf den Kopf«

Michael Korte ist 62 Jahre alt und seit Jahren ohne festen Job. Im Sozialkaufhaus Cash&Raus hat er eine sinnvolle Aufgabe gefunden, doch die geförderte Beschäftigung läuft bald aus. Im Gespräch erzählt er von Hürden auf dem Arbeitsmarkt, Problemen auf dem Wohnungsmarkt und Ideen, wie kulturelle Teilhabe unabhängig vom Kontostand möglich wird.

»Ohne Arbeit fällt mir die Decke auf den Kopf«, sagt Michael Korte. Seit fünf Jahren ist er im Düsseldorfer Sozialkaufhaus Cash&Raus beschäftigt, gefördert durch Maßnahmen zur Teilhabe am Arbeitsmarkt. Doch die aktuelle Maßnahme läuft im Februar 2026 aus. Sein neuer Antrag nach § 16i SGB II ist gestellt, wird aber noch bearbeitet.

Eine Rückkehr auf den ersten Arbeitsmarkt hält er für unwahrscheinlich: »Bei mir ist halt auch das Problem: Ich bin 62. Offiziell sagt das kein Arbeitgeber so, aber da wird es schwierig.« Deshalb setzt er auf die Bewilligung der 16i-Stelle: »Von Cash&Raus habe ich die Zusage, dass sie mich halten wollen. Die Bewilligung muss halt vom Amt kommen.«

Seine Erfahrung mit dem Jobcenter beschreibt Korte als positiv. Gleichzeitig sieht er mehr Potenzial für ein erweitertes Angebot an Fortbildungsmöglichkeiten, eine breite Arbeitsmarktförderung sowie eine umfassende Beratung zu allen Möglichkeiten und Ressourcen. Viele wüssten nämlich gar nicht von allen Unterstützungsmöglichkeiten, die ihnen offen stünden.

Ein großes Problem sieht er beim Wohnen: »Es müsste viel mehr öffentlich geförderten und mietpreisgedeckelten Wohnraum geben.« Dazu käme, dass das Amt bei Wohnungen zu starre Grenzen setze: Er berichtet von Fällen, in denen Menschen aufgrund von fünf bis zehn Quadratmetern zu viel zum Auszug genötigt wurden.

Zuletzt thematisiert er die Teilhabe: »Wie sollen die Leute gesellschaftlich teilhaben, wenn sie es sich nicht leisten können?« Schon bei der Grundausstattung sei nur ein Stuhl vorgesehen, »als dürften arme Menschen keine

Freunde haben«. Als Positivbeispiel erwähnt er die Kulturliste Düsseldorf. Dort erhalten armutsbetroffene Menschen Freikarten für Veranstaltungen. So habe er selbst schon Fortuna-Spiele gesehen und Karten für Theater- und Museumsbesuche bekommen. Solche Teilhabemöglichkeiten gebe es »aber nicht bundesweit, noch nicht mal landesweit in Nordrhein-Westfalen, da könnte man wirklich mal von Landesseite aus gucken, ob da was flächendeckender machbar ist«. Derartige Angebote hätten »wunderbare Synergieeffekte«, weil man neue Leute treffe – und darüber vielleicht sogar neue Arbeitsmöglichkeiten finde.

Schlüssel:

Zugang zu Arbeit durch Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, umfassende Beratung durch die Jobcenter sowie Austausch mit anderen (armutserfahrenen) Menschen



Mit Mut und Geduld zur Ausbildung

Lara Jajj al Daoud ist 25 Jahre alt, kommt aus Syrien und lebt mit ihrem Mann und den beiden kleinen Kindern seit einigen Jahren in Deutschland. Sie nimmt seit ein paar Monaten am TEP-Programm der AWO Ostwestfalen-Lippe teil. »Teilzeitausbildung – Einstieg ermöglichen – Perspektiven bieten« – so heißt das über den Europäischen Sozialfonds finanzierte⁵ Programm, das Menschen den Weg in eine Ausbildung erleichtert.

Anfangs war vieles schwierig. Vor allem die Wege zu den Behörden und der Umgang mit offiziellen Schreiben stellten große Hürden dar. »Wenn man die Sprache noch nicht so gut kann, ist das schwer«, sagt sie. Umso wichtiger

sei für sie die Unterstützung gewesen, die sie im Programm bekommen hat, bei Bewerbungen, bei Telefonaten oder anderen organisatorischen Aufgaben. Auch ihre Berufswünsche haben sich in dieser Zeit verändert. Ursprünglich wollte sie unbedingt im Büromanagement arbeiten. Doch in der Region fand sie keinen passenden Platz. »Da habe ich gemerkt, dass ich flexibel sein muss«, erzählt sie. Schwierig bleibt, dass viele Betriebe keine Teilzeitausbildung anbieten. Momentan muss sie nachmittags rechtzeitig für die Kinder zu Hause sein. Ab dem kommenden Jahr werden die Kinder aber bis 16 Uhr in der Kita betreut – dann sieht sie bessere Chancen, auch eine Vollzeitausbildung aufzunehmen.

Trotz dieser Hindernisse gibt Lara Jajj al Daoud ihre Träume nicht auf. Wenn sie die freie Wahl hätte, würde sie ein eigenes Restaurant eröffnen oder vielleicht ein kleines Bekleidungsgeschäft. »Das war immer mein Wunsch, selbstständig zu arbeiten und damit Geld zu verdienen.«

Ihr Mann hat diesen Schritt in den Arbeitsmarkt bereits geschafft. Über eine Empfehlung fand er eine Stelle,

mit der er sehr zufrieden ist. Genau so wünscht Lara Jajj al Daoud es sich auch für sich selbst: »Was ich mir wünsche, ist eine Jobempfehlung. Dass jemand sagt: Gebt ihr doch eine Chance. Dann kann ich zeigen, was ich kann – und die Firma entscheidet, ob sie mich nimmt oder nicht.«

⁵ Verweis auf den Europäischen Sozialfonds vom Verfasser eingefügt

Schlüssel:
Zugang zu Arbeit durch Sprachvermittlung und individuell passende Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration



Zwischen Familie, Schule und neuen Chancen

Medine Güzel wurde am 7. Januar 1992 geboren. Die 34-Jährige lebt mit ihrem Mann und ihren drei Kindern (zwei Söhne und eine Tochter) in Lübbecke.

Seit einiger Zeit nimmt sie an der Maßnahme »Qualifizierung von Integrationsbegleiterinnen in Kitas und OGS« teil. Ihr Ziel: den eigenen Weg in einen Beruf zu finden und langfristig auf eigenen Beinen zu stehen.

Ihr Bildungsweg war von Anfang an von Brüchen begleitet. 2009 kam sie mit 17 Jahren aus der Türkei nach Deutschland und besuchte zunächst eine Sprachschule für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Dort hätte sie die Chance auf einen Hauptschulabschluss gehabt, doch mit der Geburt ihres ersten Kindes brach dieser Weg ab. »Bis zum achten Monat war ich in der Schule, aber dann ging es nicht

mehr«, erinnert sie sich. Auch später, als sie den Abschluss nachholen wollte, durchkreuzten erneute Schwangerschaften ihre Pläne. Bis heute hat Medine Güzel keinen Schulabschluss.

Der Wunsch nach Bildung und Beruf ist jedoch nie verschwunden. Immer wieder sagte sie sich: »Irgendwann, wenn die Kinder größer sind, möchte ich etwas für mich machen.« Doch gerade ihre Tochter brauchte in den vergangenen Jahren besonders viel Unterstützung. Schulprobleme, Konzentrations-schwierigkeiten und lange Wartezeiten auf Diagnosen machten es unmöglich, eine Ausbildung oder Maßnahme zuverlässig zu verfolgen. »Ich stand zwischen mehreren Stühlen. Die Schule rief an, das Jobcenter hatte Erwartungen und meine Tochter brauchte mich. Das hat in mir Panik ausgelöst. Da bin ich dann auch selbst krank geworden.«

Trotz dieser Belastungen eröffnete sich für sie eine neue Perspektive: Über das Jobcenter erhielt sie die Chance, sich zur Integrationsbegleiterin weiterzubilden. Dieses Angebot nahm sie dankbar an. Heute besucht sie die Weiterbildung und hat erstmals das Gefühl, eigene Schritte gehen zu können.

Für die Zukunft hat sie klare Pläne: Zunächst will sie die Qualifizierung erfolgreich abschließen und danach ihren Schulabschluss nachholen. Auch den Führerschein möchte sie machen, sobald sie eigenes Geld verdient. Ihre

Hoffnung ist es, künftig mit Kindern zu arbeiten, vielleicht an der Seite von Sozialarbeitenden. Was sie antreibt, ist der Gedanke, anderen zu helfen, und zwar so, wie sie selbst Unterstützung erfahren hat.

Schlüssel:
Zugang zu Bildung durch kostenlose Weiterbildungsangebote und gezielte Förderung von Talenten



Sprache ist der Schlüssel zum Erfolg

Ismail Jaguer wurde am 1. November 2005 in Ghaibi/Syrien geboren, besitzt die französische Staatsangehörigkeit und lebt seit acht Jahren in Deutschland. In Minden absolviert er derzeit eine außerbetriebliche Berufsausbildung (BaE) zum Friseur.

Inzwischen ist er im dritten Lehrjahr. Es ist eine geförderte Ausbildung, auf die er stolz ist. *»Meine Ausbildung ist gut geworden. Ich bin richtig stolz drauf«,* sagt er.

Doch bis hierhin war es ein weiter Weg. Die größte Hürde war die Sprache. In seiner Heimat sprach er Französisch und Kurdisch, zwei Sprachen, die ihn auch in Deutschland noch lange begleiteten. Als dann Deutsch

dazukam, war die Verwirrung groß. *»Ich habe viele Wörter verwechselt«,* erinnert er sich. Erst nach vier Jahren konnte er Termine und Behördengänge selbstständig erledigen, ohne Übersetzende.

Besonders geholfen hat ihm dabei die internationale Klasse seiner Schule. Dort konnte er seine Deutschkenntnisse Schritt für Schritt aufbauen. Auch der Alltag außerhalb des Klassenzimmers war wichtig: Gespräche mit Freunden, Kontakte im Jugendtreff, der Austausch mit anderen. *»Egal, wenn es falsch ist – einfach reden«,* beschreibt er seine Strategie. Diese Offenheit half ihm, selbstständig zu werden und sich seinen Platz in der Gesellschaft zu erarbeiten.

Heute sieht er seine Ausbildung als einen wichtigen Erfolg an. Zwar hatte er seine Lehre zunächst in einem anderen Beruf begonnen, doch das passte für ihn nicht. Über den Arbeitsvermittler kam er schließlich in die geförderte Maßnahme und fand im Friseurhandwerk genau das Richtige.

Für Ismail ist klar: Sprache ist der Schlüssel. Ohne sie wäre vieles nicht möglich gewesen – von Behördengängen über gute schulische Leistungen bis hin zur beruflichen Ausbildung.

Deshalb wünscht er sich, dass jede Schule internationale Klassen anbietet und mehr Sozialhelferinnen und -helfer zur Unterstützung bereitstehen.

Sein Umfeld hat ihn auf diesem Weg getragen: Freundinnen und Freunde, Familie, Lehrkräfte. Aber auch sein eigener Wille, sich einzubringen, hat den Unterschied gemacht. *»Wenn man den Willen hat, etwas zu lernen, dann schafft man das auch«,* sagt er. Heute fühlt sich Ismail in seiner Ausbildung angekommen und in Deutschland zuhause.

Schlüssel:
Zugang zu Bildung durch Sprachvermittlung, individuelle Unterstützungsmöglichkeiten durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

3.2 Zugänge zum Wohnen

Keine Angst davor haben zu müssen, die Wohnung zu verlieren oder bei notwendigen Umzügen eine bezahlbare Wohnung zu finden, sollte normal und selbstverständlich sein. Denn Wohnen ist ein existenzieller Grundbedarf.

Jedoch ist auch dieser Zugang für Menschen mit geringem Einkommen zunehmend erschwert. Darunter fallen z. B. auch Studierende, die zum Teil in Containern oder Jugendherbergen unterkommen müssen. Gerade in den vergangenen Jahren sind die Mieten in Ballungsräumen stark gestiegen, auch weil die Nachfrage nach kleineren Wohnungen aufgrund der aktuellen Bevölkerungsentwicklung nochmals zugenommen hat. Das durch Wohnungsneubau zusätzlich geschaffene Angebot kann mit dieser Entwicklung

nicht Schritt halten. In den letzten vier Jahren zeigt sich ein Anstieg der finanziellen Belastungen: So stieg die mittlere Wohnkostenbelastung – also der Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Nettoeinkommen – von 16,4 % im Einkommensjahr 2019 auf 18,7 % im Jahr 2023. Und: Fast jeder achte Haushalt gilt als überlastet, da er mehr als 40 % des verfügbaren Haushaltseinkommens für das Wohnen aufwenden musste.

Der Paritätische Bundesverband weist in seiner Kurzexpertise Wohnarmut 12/24 darauf hin, dass insgesamt 21,2 % der Bevölkerung (17,5 Millionen Menschen) von Wohnarmut betroffen sind. Das sind 5,4 Millionen mehr Armutsbetroffene als nach konventioneller Berechnung.⁶

⁶ Studie belegt: [Wohnen macht arm](#)



»Mein derzeit
größtes Problem
ist Mathe«

Alexander Held (26) stand kurz vor der Wohnungslosigkeit, war ohne Einkommen und ohne Motivation. Heute hat er ein klares Ziel: Mangelberuf Pflegekraft.

Mit 17 macht Alexander Held in Gummersbach seinen Hauptschulabschluss und weiß nicht, was dann kommen soll. Das Jobcenter vermittelt ihm eine Orientierungsmaßnahme. Mit Erfolg. In einem Restaurant nahe der Wohnung, in der er mit seinem Vater in einer Bedarfsgemeinschaft lebt, beginnt er eine Ausbildung zum Koch; verdient sein erstes eigenes Geld. »Das durfte ich aber nicht selbst verwalten, sondern musste es meinem Vater abgeben.«

Derart demotiviert, bricht er seine Ausbildung ab. Sein Vater hält ihm Geld für Essen und zum Leben vor. Hunger und Streit bestimmen während der Coronapandemie seinen Alltag – zu laut und für den Vermieter unzumutbar. Als Held im Sommer 2023 von einem Termin mit dem Jobcenter zurückkommt, steht er vor einer leerräumten Wohnung. Der Vater hinterlässt einen Zettel mit dem Hinweis »Auszug!«.

Alexander Held steht vor der Wohnungslosigkeit und wendet sich an die Wohnhilfen Oberberg der Diakonie Michaelshoven in Köln. »Ohne die wäre ich

auf der Straße gelandet«, sagt Held heute. »Alleine hätte ich es nicht geschafft.« Aber Held hat Glück. Nach kurzer Wartezeit kann er ein WG-Zimmer der Wohnhilfen beziehen und wohnt dort knapp zwei Jahre. Die dortige Mitwirkungspflicht gibt ihm Tagesstruktur: Jeden Tag arbeitet er in der Haustechnik oder in der Möbelbörse für Bedürftige, verdient ein Taschengeld.

Heute lebt Held in einer eigenen kleinen Wohnung und hat ein klares Ziel vor Augen: Er möchte als Pflegekraft arbeiten. Dazu macht er seinen erweiterten Hauptschulabschluss und, wenn möglich, auch seine Fachoberschulreife an der VHS-Abendschule: Deutsch, Englisch, Geschichte oder Bio sind kein Problem. Trotzdem fürchtet Held, noch zu scheitern, obwohl es einen hohen Bedarf an Pflegekräften gibt. »Mathe ist ein großes Problem. Ich bin seit zehn Jahren raus aus der Schule und habe von vielem

noch nie gehört.« Kreisberechnung und Ähnliches sind eine große Herausforderung. »Ich hätte mir damals schon Hilfe gewünscht« – durch seine Eltern oder eine private Nachhilfe, die er sich nicht leisten konnte.

Held kann seine Stärken und Schwächen inzwischen gut einschätzen. »Ich habe zum Beispiel schnell gemerkt, dass mir in meiner eigenen Wohnung die Struktur der Wohnhilfen fehlt. Ich brauche ein geregeltes Umfeld«, sagt er. Also geht er jeden Tag zu ehemaligen Betreuerinnen und Mitbewohnern, die zu Freunden geworden sind; zu Weggefährterinnen und Unterstützern. »Eine Mitbewohnerin hat sehr viel mehr Ahnung von Mathe als ich und angeboten, mir zu helfen.« Für Held ein wichtiger Schritt in die gewünschte Richtung: ohne Vermittlung durch das Jobcenter, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oder die Eltern.

Schlüssel:
Zugang zu Wohnraum durch Unterstützungsangebote und Wohnprojekte



»Das Problem ist:

Wir sind

in Deutschland«

Nächsten Sommer wird Jeannette Rath 50 Jahre alt. Kurz hat sie darüber nachgedacht, bis dahin ihr Abitur nachzuholen. Eine Chance, die ihr als Kind verwehrt blieb, weil ihre Mutter sie ins nächstgelegene Gymnasium hätte fahren müssen. Zur Hauptschule hingegen fuhr ein Bus. »Aber ich kann mir das gar nicht mehr alles merken«, sagt die Friseurin und Mutter dreier Söhne.

Nach ihrer zweiten Schwangerschaft entwickelt Jeannette Rath eine postpartale Depression. Nach der dritten Geburt verlässt sie ihr Mann – die Depression bleibt. Jeannette Rath ist alleinerziehend und funktioniert: als Mutter, für ihre Söhne, als Klassenpflegschaftsvorsitzende. Sie kommt gut aus mit dem, was sie hat, zahlt zuverlässig ihre Miete. Solange, bis der Sozialbau, in dem sie lebt, privatisiert

und teurer wird, »der Große« auszieht und plötzlich 700 Euro im Monat fehlen. »Aber ich war zu stolz, zum Amt zu gehen und um Hilfe zu bitten.«

Stattdessen verliert sie ihre Wohnung. Das Ordnungsamt verweist sie an eine Notunterkunft. Die hygienischen Zustände machen es ihr unmöglich, dort zu wohnen.

Stattdessen ziehen die jüngeren Söhne zu ihrem Vater und Rath gibt das Sorgerecht an ihn ab. Sie selbst bekommt ein Zimmer in einer Frauen-WG der Diakonie Michaelshoven. Ein Glücksfall. »Hier kann man sehr gut wohnen, wenn man sich ein wenig an Ordnung und Sauberkeit hält«, sagt sie. Gerne möchte sie wieder regulär arbeiten, sich zur mobilen Alltagsbegleiterin fortbilden, um alleinlebenden Seniorinnen und Senioren helfen zu können.

»Ich habe noch Schulden. Und um in die Privatinsolvenz gehen zu können, brauche ich einen Job.«

In der Insolvenzordnung heißt es dazu: *»Ab Beginn der Abtretungsfrist bis zur Beendigung des Insolvenzverfahrens obliegt es dem Schuldner, eine angemessene Erwerbstätigkeit auszuüben und, wenn er ohne Beschäftigung ist, sich um eine solche zu bemühen und keine zumutbare Tätigkeit abzulehnen.«*

Das Jobcenter unterstützt Jeannette Rath, braucht aber eine ärztliche Bescheinigung. Und die bekommt sie erst nach erfolgreicher Behandlung ihrer Depression. Als Selbstzahlerin könnte sie schon therapiert werden. *»Aber das können sich nur Menschen mit viel Geld leisten.«*

Daher wartet Rath auf einen Platz in der Tagesklinik. Drei Monate möchte sie dort daran arbeiten, mit ihrer Depression umzugehen, ohne Medikamente nehmen zu müssen. Sie möchte endlich wieder Pläne machen. *»Im Moment weiß ich nie, wann und wie es weitergeht.«* Und sie sei ein sehr ungeduldiger Mensch. *»Aber in Deutschland dauert alles ewig, da braucht man für alles irgendeinen Schein.«*

Früher, sagt sie, habe sie sich *»ihr altes Leben«* zurückgewünscht. Heute wolle sie das nicht mehr. *»Denn eigentlich war ja nichts gut an dem Leben.«* Einen Herzenswunsch hat sie aber doch: Sie möchte ihre Kinder zurück. *»Aber erst, wenn ich bereit bin«,* sagt sie. *»Und das bin ich im Moment noch nicht.«*

Schlüssel:
Zugang zu Wohnraum durch Wohnprojekte und bezahlbaren Wohnraum

3.3 Zugänge zu Mobilität, Digitalisierung und soziokultureller Teilhabe

Familie und Freundinnen und Freunde in einer anderen Stadt zu besuchen, mit Kindern ins Grüne zu fahren, den Arbeitsweg bewältigen zu können oder sportlichen Aktivitäten nachzugehen setzt voraus, dass entsprechende Wege überhaupt zurückgelegt werden können. Ob zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Motorroller, dem Auto oder öffentlichen Verkehrsmitteln: Mobilität ist immer mit Kosten verbunden. Dabei setzen Wohnort, Einkommen, Alter, physische Gesundheit und weitere Faktoren der individuellen Mobilität Grenzen und führen zu Ungleichheiten, nicht nur bei der Nutzung von Verkehrsmitteln, sondern auch bei den Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe.

Hinzu kommt die fortschreitende Digitalisierung, die für Menschen mit geringem Einkommen eine weitere Zugangshürde darstellt. Häufig fehlt ihnen die nötige technische Ausstattung, mit der Dokumente gescannt und bearbeitet werden können. Teilweise gibt es keinen WLAN-Zugang zuhause oder das Datenvolumen auf dem Handy reicht nicht aus.

Zudem mangelt es vielfach an Fachwissen und digitalen Kompetenzen. Technische Begriffe wie beispielsweise »doppelte Authentifizierung« oder »Authenticator« werden teilweise nicht verstanden und erschweren oder verhindern damit den Zugang zu online beantragbaren Leistungen.



»Wenn du auf der Straße lebst, kriegst du keinen Handyvertrag«

Manja Starke (50) aus Heimbach in der Eifel war einige Jahre obdachlos. Inzwischen hat sie eine Bleibe gefunden – und einen neuen Job.

Nach Jahrzehnten ohne Arbeit und Perspektive hat Manja Starke aus Heimbach in der Eifel jetzt wieder einen Job. Für vorerst fünf Monate ist sie bei der Wohnungslosen-Stiftung in Berlin angestellt. Für die Stiftung leitet sie den »Frauen-Salon«: einen virtuellen Treffpunkt für obdachlose Frauen in ganz Deutschland.

»Das Online-Treffen ermöglicht Frauen, ihre Geschichten zu teilen, Probleme zu diskutieren und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen«, heißt es in einem Flyer. Aber genau da beginnt die Herausforderung: Nicht jede obdachlose Frau hat ein Handy oder einen Zugang zu einem PC. »Wenn du auf der Straße lebst, kriegst du keinen Handy-

vertrag«, sagt Manja Starke. Sie kennt das aus eigener Erfahrung. Sie war selbst mehrere Jahre obdachlos.

Immerhin gebe es inzwischen einige Handyanbieter, die – meist über eigene Stiftungen – Prepaid-Handys für Menschen ohne festen Wohnsitz spenden. Dafür zu sorgen, dass obdachlose Frauen von dieser Möglichkeit erfahren, auch das zählt zu den Aufgaben von Manja Starke.

Vor einigen Jahren hat Starke mit ihrem damaligen Lebensgefährten ein Haus gemietet. Ihr Partner ist wieder ausgezogen, jetzt kämpft sie darum, das Haus behalten zu dürfen. Die Miete ist ihr zu hoch. Und die Verhandlungen mit dem Jobcenter ziehen sich hin. Manja Starke sagt, in den letzten Monaten sei es schwieriger geworden mit dem Kontakt zum Jobcenter. Ob das eine Folge der nicht enden wollen-

den Diskussionen über die Höhe des Bürgergelds ist? »Vielleicht«, sagt sie. »Jedenfalls hat man immer weniger Verständnis und Mitgefühl mit Leuten, die von Bürgergeld leben.«

Die neue Aufgabe gibt ihr die Möglichkeit, wieder etwas freier zu reisen. Als sie noch von Bürgergeld lebte, war jede Reise aus Nordrhein-Westfalen heraus ein Problem. »Ich musste für das Jobcenter jederzeit erreichbar sein, sonst hätte man mir die Leistungen kürzen können.«

In § 7b Absatz 1 SGB II heißt es dazu: »Erwerbsfähige Leistungsberechtigte erhalten Leistungen, wenn sie erreichbar sind. Erreichbar sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte, wenn sie sich im näheren Bereich des zuständigen Jobcenters aufhalten und werktätig dessen Mitteilungen und Aufforderungen zur Kenntnis nehmen können.«

Andererseits, sagt Manja Starke, habe ihr das Jobcenter aber auch nicht die Möglichkeit gegeben, sich jederzeit zu melden. »Da nahm dann keiner ab oder das Amt hatte schon geschlossen oder der Berater war krank und nicht erreichbar.« Zwar könne man online Kontakt aufnehmen, was für sie selbst auch kein Problem gewesen sei, »für viele andere Menschen ist das aber ein riesenproblem, weil sie ja kein Handy haben«.

Jetzt, mit dem neuen Job, geht es endlich wieder aufwärts für Manja Starke.

Schlüssel:
Zugang zu Digitalisierung durch Ausstattung mit Technik und Berücksichtigung von digitaler Ausstattung als Grundbedürfnis



»Wenn man keinen
digitalen Zugang hat –
dann hat man
eben Pech«

Arnd Liesendahl weiß, was es heißt, am Rand der Gesellschaft zu leben. Fast zehn Jahre verbrachte der heute 57-Jährige auf der Straße in Köln – ohne feste Bleibe und lange ohne digitalen Zugang. Dabei erlebte er, wie entscheidend digitale Teilhabe für das Leben ist. Sein Appell: Arme Menschen verdienen die gleichen digitalen Zugänge wie alle anderen.

In seiner Zeit auf der Straße erhielt Arnd Liesendahl zwar verschiedene Hilfen, kehrte jedoch aufgrund seiner Depression immer wieder auf die Straße zurück. Enge Räume und viele Menschen in Unterkünften verstärkten seine psychischen Probleme, sodass er letztlich immer wieder das Leben auf der Straße wählte. Erst durch die Wohnhilfen Oberberg der Diakonie Michaelshoven konnte er 2022 in eine eigene Wohnung ziehen.

Besonders beklagt er den schlechten Zugang obdachloser Menschen zur digitalen Welt: »Wenn man auf der Straße ist, hat man keinen Zugang zur Digitalisierung. Kein Endgerät, keine Prepaid-karte, kein Geld für die Karte.« Dabei ist ohne Smartphone heute vieles kaum möglich. Die Wohnungssuche läuft fast ausschließlich über Online-Portale wie ImmoScout oder Kleinanzeigen. Auch soziale Kontakte würden heutzutage vor allem über Messenger wie WhatsApp oder Telegram gepflegt. Informationen über Hilfsangebote oder die Kommunikation mit dem Jobcenter ließen sich ebenfalls oft nur online einholen und organisieren.

Selbst wenn man ein Gerät besitze, stoße man schnell an Grenzen: Reparaturen oder technische Unterstützung seien schwer zugänglich. Während sei-

ner Obdachlosigkeit fand Arnd Liesendahl WLAN nur an öffentlichen Orten wie am Bahnhof, Flughafen oder in der Stadtbücherei. Dabei sei es ihm in der Stadt verhältnismäßig gut ergangen: »Auf dem Land ist es noch schwieriger. In Wipperfürth gibt es nur am Rathaus WLAN – und auch das nur werktags.«

Als Lösung schlägt er Schulungen für wohnungslose Menschen vor: Sie sollten lernen, Handys sicher zu nutzen, einfache Probleme selbst zu beheben und Risiken im Netz zu erkennen. Denn »viele auf der Straße haben zwar ein Smartphone, aber sie wissen nicht, wie man es nutzt. Ich habe ein Jahr gebraucht, um mich da reinzufuchsen.«

Zudem brauche es eine bessere Ausstattung mit Geräten – denn digitale Zugänge seien heute gleichbedeutend mit gesellschaftlicher Teilhabe. Sein eigenes Handy konnte er sich erst nach anderthalb Jahren von Hartz IV ersparen. Deshalb fordert Arnd Liesendahl: »Es müsste feste Strukturen geben, dass arme Menschen denselben digitalen Zugang haben wie alle anderen.«

Schlüssel:
Zugang zu Digitalisierung durch Ausstattung mit Technik, öffentliche WLAN-Angebote und Schulungen



**»Ich möchte einfach
wieder am Leben
teilhaben dürfen«**

Thorsten Prinz ist 55 Jahre alt, geschieden und hat zwei erwachsene Kinder. In der DDR hat er als Maurer gearbeitet, später auf dem Bau. Dann die Scheidung, ein harter Bruch in seinem Leben. Er zog in den Westen – direkt auf die Straße. Obdachlos schlug er sich durchs Leben, bis er eine Lungenentzündung verschleppte. Das Resultat: starke Herzprobleme.

»Das war kurz vor Schluss«, erzählt Thorsten Prinz. Weitere gesundheitliche Probleme machten einen Wiedereinstieg in die Arbeitswelt unmöglich. Dabei war die Arbeit immer ein sehr wichtiger Teil seines Lebens: »Über die Arbeit habe ich mich definiert, und nun lebe ich seit 2013 krankheitsbedingt in Armut. Wenn ich zuvor regelmäßig ins System eingezahlt hätte und dann krank geworden wäre, dann hätte ich Erwerbs-

minderungsrente bekommen. Jetzt bekomme ich nur die Grundsicherung.« Die wurde mittlerweile zum dritten Mal verlängert, wie es weitergeht, das weiß der 55-Jährige noch nicht: »Wie bezahle ich meine Wohnung, meinen Lebensunterhalt, meine Stromrechnung? Ich weiß es nicht.«

Durch die Grundsicherung hat er bis jetzt 563 Euro im Monat bekommen. Doch das Geld reicht nicht zum Leben: »Es bleibt nichts über. Ich kann mir noch nicht einmal mehr den Kaffee leisten und erst recht kein Deutschlandticket. Ich möchte einfach wieder am Leben teilhaben dürfen. Denn wenn man nicht am Leben teilnehmen kann, weil man nichts hat, dann wird man depressiv, kriegt komische Gedanken, und das ist schlimm!« Ein Stück weit aus der Einsamkeit herausgeholt haben ihn

die Treffen von Menschen mit Armutserfahrung, ein Angebot der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen. Seit fünf Jahren nimmt Thorsten Prinz nun daran teil. Für ihn eine gute Möglichkeit, unter Leute zu kommen, sich zu beteiligen und sich mit anderen auszutauschen, die in ähnlichen Situationen sind. Hier findet er das, was ihm in der Gesellschaft fehlt: Solidarität.

Solidarität ist für ihn der Schlüssel für eine bessere Zukunft. Im Blick hat er dabei vorrangig reiche Menschen oder jene mit Beamtenstatus. Die Lösung:

»Der Beamtenstatus muss weg. Das müssen alles normale Arbeitnehmer sein, damit alle in ein und dasselbe System einzahlen – ohne Einzahlungsobergrenze – und dieselbe Rente bekommen.« Aber auch im Umgang mit armen Menschen muss sich etwas ändern: »Armut ist ein Tabuthema in unserer Gesellschaft. Ich habe oft die Erfahrung gemacht, dass normale Menschen davon nichts wissen wollen.«

Schlüssel:
Zugang zu soziokultureller Teilhabe durch Ermöglichung von Mobilität und Austausch sowie Solidarität mit Menschen mit Armutserfahrung

3.4 Zugänge zu Gesundheit

Krankheit macht arm und Armut macht krank. Dieser Zusammenhang ist durch viele Studien belegt: Arme Menschen haben überdurchschnittlich oft eine schlechtere Gesundheit und eine geringere Lebenserwartung als Menschen, die in ihrem Alltag mehr Geld zur Verfügung haben. Das trifft insbesondere auf Kinder und Jugendliche zu.⁷

Dazu kommt: Gesundheit ist eine wichtige Grundlage für die Teilhabe – sowohl am Arbeitsmarkt als auch am gesellschaftlichen Leben insgesamt. Gesundheit, Krankheit und Sterblichkeit sind zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen ungleich verteilt. Die Handreichung des Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit führt dazu aus: »Die Lebenserwartung als Indikator für den Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Gesundheit zeigt, dass bei

Männern der niedrigen Einkommensgruppe 27 % vor der Vollendung des 65. Lebensjahrs versterben, während die vorzeitige Sterblichkeit in der höchsten Einkommensgruppe circa 14 % beträgt. Bei den Frauen versterben 13 % der niedrigen und 8 % der höchsten Einkommensgruppe vorzeitig. Ein niedriger sozioökonomischer Status geht mit einem erhöhten Mortalitätsrisiko und einer verringerten Lebenserwartung einher«⁸. Anders ausgedrückt: Männer im unteren Einkommensviertel sterben im Durchschnitt acht Jahre und Frauen vier Jahre früher als Personen aus höheren Einkommensgruppen. Bereits in der Kindheit und Jugend wirkt sich die sozioökonomische Situation der Familie auf die gesundheitliche Entwicklung aus. Dies zeigt sich unter anderem in den Schuleingangsstudien, etwa in den Bereichen Zahngesundheit, Motorik, Beweglichkeit oder Körpergewicht, aber auch in der psychischen Gesundheit⁹. Für die Gesundheit von großer Bedeutung sind zudem die Arbeitsbedingungen sowie die ausgeübten Tä-

tigkeiten. Neben körperlichen Anforderungen und Belastungen spielen auch Umgebungseinflüsse, Unfallgefahren sowie psychische und psychosoziale Belastungen am Arbeitsplatz eine bedeutende Rolle für die Gesundheit und Erwerbsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Personen, die arbeitslos sind, sind im Durchschnitt häufiger krank. Die Frage, ob die Arbeitslosigkeit durch eine hohe Krankheitslast verursacht wurde oder umgekehrt, ist nicht eindeutig zu beantworten. Die Mehrzahl spezifischer Studien weist jedoch darauf hin, dass die gesundheitlichen Folgen durch die Arbeitslosigkeit einen größeren Anteil ausmachen.¹⁰

⁷ Siehe z. B. die KiGGS-Studie, 2. Folgebefragung des RKI von 2019

⁸ Handreichung Soziale Lage und Gesundheit in Deutschland, Seite 6

⁹ Veröffentlichung des DJI und Pressemeldung des RKI

¹⁰ „Lebenslagen in Deutschland“. Der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Seite 481ff.



»Im Prinzip

guckt man nur zu,

wie andere Leute leben«

Heike Towae ging es lange Zeit gut. Sie hat zwei Ausbildungen, war erst als Sozialarbeiterin, dann als Köchin tätig – bis ein Hirninfarkt alles verändert.

Seit mittlerweile zehn Jahren lebt die 55-jährige Kölnerin mit Epilepsie, Erwerbsunfähigkeit und Armut. »Man muss plötzlich alles gleichzeitig stemmen – Anträge, Gutachten, Erwerbsminderungsrente – und das, während man eigentlich krank ist.« Unterstützung erfährt sie in dieser Zeit kaum.

Ihre Wohnung konnte sie halten, in den Job hat sie nicht mehr zurückgefunden. »Ich bräuchte Arbeitgeber, die akzeptieren, dass ich morgens anrufe: ‚Sorry, ich hatte eine Aura, ich kann heute nicht kommen.‘ Sowas gibt es nicht.« Die Angst, wie es weitergeht, ist ihr ständiger Begleiter.

Vor allem der Zugang zu Nahrung ist für sie ein Dauerthema. »Gott sei Dank konnte ich damals direkt zur Tafel gehen. Heute gibt es Wartelisten und Aufnahmestopps.« Als gelernte Köchin ist sie immerhin vom Fach, sie kocht ein, verarbeitet Überschüsse, doch der Mangel bleibt spürbar.

Was ihr zusätzlich fehlt: Zugang zu Bildung und Information. Hier erlebt sie systematische Ausschlüsse: »Online gibt es überall Paywalls. Berichte über Armut, die Betroffene selbst nicht lesen können – das ist absurd.« Bei Tagungen werden in den seltensten Fällen Reise- und Übernachtungskosten übernommen. »Du bleibst immer außen vor.« Ihr Vorschlag: ein echter Bildungsetat im Regelsatz statt der jetzigen »lächerlichen zwei Euro«.

Nur vereinzelte Angebote sind ein Lichtblick. So wie die Kulturliste in Köln, die armutsbetroffenen Menschen Karten zu Konzerten oder ins Theater ermöglicht oder das 9-Euro-Ticket der Bahn im Sommer 2022. »Das war eine regelrechte Befreiung. Ich konnte Pausen machen, aussteigen, weiterfahren – so habe ich es bis zur Nordsee geschafft. Das war genial.«

Als einsam betrachtet sie sich nicht, Ausgrenzung spürt sie dagegen schon. »Am Anfang sagen Freunde noch: Komm, iss mit, wir laden dich ein. Aber irgendwann bist du der Schnorrer. Viele ziehen sich zurück.«

Für Heike steht fest: Armut ist kein individuelles Versagen, sondern die Folge fehlender Zugänge. »Das ist kein Grund, sich zu schämen. Das ist ein Grund, auf die Straße zu gehen.«

Schlüssel:

Zugang zu Gesundheit durch bedarfsgerechte Regelsätze unter anderem für eine gesunde Ernährung



»Ich brauche
nicht mehr so viel
wie früher«

Kai Flader (46) kümmert sich als Krankenpflegehelfer in einer Rehaklinik in Nümbrecht intensiv um Schlaganfall- und Unfallpatientinnen und -patienten, bevor er selbst an einem Burnout erkrankt.

Nach Wiedereingliederung und Reha-Aufenthalt stellt die Arbeit gebende Klinik ihm ein Zimmer zur Verfügung. Als er zu Beginn der Coronapandemie seinen Job verliert, geht damit auch das Zimmer verloren. Flader ist arbeits- und wohnungslos, wendet sich an das Ordnungsamt und bekommt Obdach in einer Nümbrechter Notunterkunft.

Wesentlicher Auftrag der Kommunen ist, die Grundrechte von wohnungs- und obdachlosen Menschen zu schützen und damit auch Artikel 1 des Grundgesetzes zu gewährleisten: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.«

Notunterkünfte sind Einrichtungen der Kommunen und bieten eine Anlaufstelle, um ein Leben auf der Straße zu verhindern. Eine Vorgabe, wie lange Hilfsbedürftige in der Notunterkunft leben dürfen, gibt es nicht. Solange jemand unfreiwillig obdachlos ist und keine Wohnung findet, besteht ein Recht auf Versorgung mit dem Nötigsten.

Kai Flader bleibt ein Jahr. Dann lernt er über die aufsuchende Hilfe Haus Segenborn in Waldbröl kennen. »Ich habe hier ein eigenes Zimmer bekommen und konnte erstmals wieder zur Ruhe kommen«, erinnert er sich. Zwei Jahre lebt er in dem Haus der Diakonie und wird durch Hilfe zur Selbsthilfe auf ein erneutes selbstständiges Leben vorbereitet.

Flader arbeitet in der hauseigenen Schreinerei, lernt, mit einer Aufwandsentschädigung von 80 Cent pro Stunde auszukommen, und wechselt bald von der Voll- in die Selbstversorgung. »Ich habe mich sehr schnell daran gewöhnt. Mir hat es an nichts gefehlt«, sagt er rückblickend.

Heute lebt er in einer Zweier-WG. Arm fühlt er sich nur in Maßen. »Ich für mich brauche gar nicht mehr so viel wie früher«, sagt er. Aber seinem 15-jährigen Sohn würde er gerne mehr bieten können. Und daran arbeitet er. Davon, wieder als Krankenpflegehelfer Geld zu verdienen, hat der Arzt ihm abgeraten. Die Gefahr einer erneuten psychischen Überlastung sei zu groß. »Ich konnte die Schicksale der Patienten einfach nicht abschütteln«, erzählt Flader.

Stattdessen möchte er nun denen helfen, deren Leben er aus der Innensicht kennt. Sein Ziel ist ein Job in der Wohnungslosenhilfe. Das Jobcenter unterstützt ihn dabei. »Für mich ist klar, dass ich mit Betroffenen ganz anders reden kann als ein Sozialarbeiter.« Eine erneute Ausbildung sei für ihn finanziell nicht drin, aber eine Weiterbildung zum Alltagshelfer, die möchte er »so schnell wie möglich« machen. Angst, erneut zu erkranken, hat er nicht. »Früher hätte ich jemanden gebraucht, der mich gebremst hätte. Aber ich habe daraus gelernt. Heute kann ich auch sagen: ‚Leute, ohne mich‘.«

Schlüssel:
Zugang zu Gesundheit durch Unterstützung und individuelle (psychologische) Betreuung



»Das Ehrenamt

hat mir meine Würde

zurückgegeben«

Gaby John (68 Jahre) aus Düsseldorf war lange Chefsekretärin. Nach mehreren Operationen stellte ihr Arbeitgeber sie frei. Jetzt engagiert sie sich ehrenamtlich.

»Als ich 2007 nach mehreren Operationen von meinem Arbeitgeber einfach kaltgestellt wurde, war das wie ein Schlag ins Gesicht. Über 30 Jahre hatte ich gearbeitet, zuletzt als Chefsekretärin an der Uniklinik Düsseldorf – und auf einmal war ich draußen. Noch nicht mal offiziell gekündigt, da hat mich das Jobcenter schon in Maßnahmen gesteckt. Bewerbungstraining, Buchhaltung, Steno... Lauter Sachen, die ich längst konnte. Aber wenn ich nein gesagt hätte, wäre sofort das Geld gestrichen worden.

Arbeitslos zu sein, das ist, als ob man dauernd zwischen Tür und Angel steht. Man weiß nicht, wann das Geld endlich kommt, kennt die ganzen Regeln nicht – und plötzlich steht man einen Monat lang komplett ohne einen Cent da. Für jemanden, der sein Leben lang gearbeitet hat, ist das ein echter Schock.

Trotzdem habe ich mir gesagt: Ich muss weitermachen. Also habe ich angefangen, mich ehrenamtlich einzubringen. Erst beim Verein »Pflegerische Angehörige Nordrhein-Westfalen«, dann bei Deutschkursen für Kinder ohne deutsche Wurzeln, später auch in der Seniorenarbeit. Ich habe mit alten Leuten Anträge ausgefüllt, für sie eingekauft, Wohnungen geputzt. Viele

schämen sich, Hilfe zu beantragen, weil sie denken, das seien Almosen. Dabei steht es ihnen zu – das habe ich immer wieder erklärt.

Und ich wusste ja selbst, wie es ist, wenn man an seine Grenzen kommt. Drei Jahrzehnte habe ich meine kranke Tochter und meine Eltern gepflegt. Da lernt man, wie wichtig Zusammenhalt ist – und dass kleine Dinge einen riesigen Unterschied machen können.

Ein großes Thema ist für mich das Essen. Ich habe sieben Jahre in Frankreich gelebt und gesehen, wie gut es

funktioniert, wenn Kinder in der Kantine gemeinsam essen. Ja, wenn sie Zugang zu gutem Essen haben. Da entsteht eine ganz andere Stimmung. Am Tisch schmeckt's besser, keiner stochert lustlos allein im Teller rum, und die Kinder starten mit mehr Energie in den Tag. Ich finde: So etwas brauchen wir auch hier, verlässlich und für alle. Kein Kind sollte hungrig bleiben.

Heute sage ich: Die Arbeitslosigkeit hat mir vieles genommen, aber durch das Ehrenamt habe ich meine Würde zurückbekommen.«

Schlüssel:

Zugang zu Gesundheit durch Reduzierung von Ungewissheit und Druck für Leistungsbeziehende, Gemeinschaft mit anderen und Zugang zu gesunder Ernährung

4. Und jetzt?

Lösungen aus der Praxis

Eindrücklich zeigen die Lebensgeschichten von armutsbetroffenen Menschen in Nordrhein-Westfalen, was Menschen brauchen und welche »Schlüssel« es gibt, um sich unterstützt zu fühlen und aktiv gesellschaftlich teilhaben zu können. Deutlich wird auch, was jede und jeder individuell leistet, um Herausforderungen anzugehen und sich als Teil der Gesellschaft zu erleben. Entscheidend sind allerdings die Rahmenbedingungen und Strukturen, die so aufgebaut sein müssen, dass individuelle Hilfen greifen können oder Probleme gar nicht erst auftreten.

a) Menschen mit Armutserfahrung als Expertinnen und Experten anerkennen:

Menschen mit geringem Einkommen sind weder »Schmarotzer« noch grundsätzlich arbeitsunwillig. Diese Narrative und Abwertungen halten sich in der Gesellschaft und werden immer wieder genutzt, um undifferenziert über Sanktionen und Kürzungen der Leistungen zu diskutieren. Dabei führt eine pauschale Verurteilung armutsbetroffener Menschen dazu, dass sie sich ausgegrenzt fühlen. Ihre Expertise als diejenigen, die sich mit Armut und existenzieller Not auskennen, anzuerkennen und ihnen Möglichkeiten zur Partizipation zu geben, ist für eine gewollte Armutsbekämpfung grundlegend.

b) Investitionen, die sich lohnen:

Bedarfsgerechte Regelsätze

Kosten für Digitalisierung (z. B. Smartphones, Internetzugang), öffentlichen Nahverkehr, Bildung und Kultur sind im Regelsatz zu berücksichtigen. Eine bedarfsorientierte finanzielle Ausstattung sichert das soziokulturelle Existenzminimum und damit den Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe. Gleichzeitig können dadurch Stress, Angst und Scham reduziert und Bürokratie vermieden werden.

Sprache als Integrationshelfer

Sprache ist grundlegend für die Verständigung und Kommunikation. Sprachkurse und andere Formen der Unterstützung, die deutsche Sprache zu erlernen, helfen bei der Arbeitsaufnahme und der Integration.

Bildungschancen für bildungsferne Menschen

Viele junge wie ältere Menschen möchten lernen und sich weiterbilden, vor allem auch im Umgang mit digitalen Geräten und Angeboten. Häufig scheitert dies an finanziellen Hürden, fehlendem Wissen über mögliche Zuschüsse oder an abgelehnten Maßnahmen durch die zuständigen Behörden. Bildungsgutscheine, offene Lernangebote von Bildungsträgern und Beratung durch Jobcenter bzw.

Arbeitsagenturen könnten hier einen niedrigschwelligen Beitrag leisten.

Individuelle Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration

Nicht alle Menschen können in Vollzeit arbeiten, z. B. aus gesundheitlichen Gründen oder aufgrund von Care-Arbeit im privaten Umfeld. Die Angebote der Arbeitsmarktintegration sollten dementsprechend individueller und flexibler ausgerichtet werden.

Digitalisierung für alle ermöglichen

Um mit der fortschreitenden Digitalisierung Schritt halten zu können, ist die Bereitstellung geeigneter Hard- und Software unerlässlich. Zudem sollte die Möglichkeit geschaffen werden, den Umgang mit diesen Technologien ohne Scham und Sanktionen erlernen zu können.

Soziale und kulturelle Teilhabe als Gesundheitsfaktor

Um an der Gesellschaft teilhaben zu können, bedarf es kostenfreier oder kostengünstiger Zugänge zu Freizeit- und Kulturangeboten wie Schwimmbädern, Parks, Tiergärten und Museen. Sozialpässe oder Stadtcards, die auch eine preiswerte Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs beinhalten, können hier einen wichtigen Beitrag leisten. Die Ermöglichung von Teilhabe trägt letztlich auch zu einer Verbesserung der Gesundheit der Menschen bei.

c) Verwaltung als Möglichmacher:

Vereinfachung von Zuständigkeiten und Antragsprozessen

Derzeit müssen unterschiedliche Leistungen wie Bürgergeld, Sozialhilfe, Wohngeld oder Unterhaltsvorschuss bei verschiedenen Behörden beantragt werden, die alle Zeit zur Bearbeitung der Anträge benötigen. Es bedarf einer Harmonisierung der zuständigen Behörden und der Festlegung, welches Amt für die Bearbeitung federführend zuständig ist. Dadurch würden Verantwortungsverschiebungen und lange Bearbeitungszeiten vermieden. Die Empfehlungen der Sozialstaatskommission nehmen diesen Gedanken auf. Nicht vergessen werden darf, dass maximale Bearbeitungsfristen von sechs Wochen oder vorläufige Bewilligungen von Zahlungen zur Vereinfachung und Transparenz der Abläufe beitragen würden.

Erreichbarkeit von Jobcentern und anderen Behörden

Jobcenter und andere kommunale Verwaltungsstellen müssen weiterhin auch analog erreichbar sein und Unterstützung bei der Beantragung von Leistungen anbieten – entsprechend dem gesetzlichen Auftrag aus § 14 SGB I.¹¹

¹¹ https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_1/_14.html

d) Wohnumfeld als Sprungbrett ins Leben:

Bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung bei drohendem Wohnungsverlust

Ohne festen Wohnsitz sind gesellschaftliche Teilhabe, die Jobsuche, der Abschluss eines Handyvertrags und vieles mehr erheblich eingeschränkt oder nicht möglich. Gleichzeitig ist bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen und für diejenigen, die auf der Straße leben, kaum verfügbar. Neben Anlaufstellen, die bei der Wohnungssuche behilflich sind, braucht es deshalb staatliche Maßnahmen, etwa den Ausbau kommunaler Wohnungsbestände und die Förderung von Genossenschaften.

Lebenswerte Quartiere und Unterstützung im sozialen Nahraum als Ausgangsbasis für ein Leben ohne Armut

Es braucht ortsnahe Anlaufstellen wie Sozialberatungen oder Bürgerzentren, die Menschen in Notsituationen und darüber hinaus bei Wohnungs- und Jobsuche unterstützen. Sie fungieren als Wegweiser zu den unterschiedlichen sozialen Leistungen und spezifischen Beratungsstellen, z. B. Suchthilfe oder Schuldner- und Insolvenzberatung,

e) Erwartungen an Politik und Gesellschaft

Keine Pauschalverurteilung armutsbetroffener Menschen

Gesellschaft und Politik sind gefordert, diskriminierende Zuschreibungen und Stigmatisierungen von Menschen in Armut klar zurückzuweisen. Armut ist kein individuelles Versagen, sondern Ergebnis struktureller Ungleichheiten. Notwendig ist ein Perspektivwechsel: weg von Vorurteilen hin zu Anerkennung, Respekt und fairen Chancen.

Partizipation von Menschen mit Armutserfahrung

Bei der Planung, Ausgestaltung und Evaluation von Sozialhilfesystemen müssen Betroffene zwingend einbezogen werden – sie kennen die bestehenden Herausforderungen und können wichtige Impulse liefern.

Vereinfachung von Leistungssystemen

Sozialleistungen müssen übersichtlicher, digital unterstützt und zugleich persönlich begleitet zugänglich sein. Bürokratische Hürden durch unklare Zuständigkeiten, komplexe Antragsformulare oder überbordende Nachweispflichten sollten abgebaut werden.

Niedrigschwellige Zugänge für alle

Beratung muss auch für Menschen mit geringen Deutschkenntnissen, mit Einschränkungen, ohne digitale Kompetenzen oder mit psychischen Belastungen zugänglich sein – etwa durch mobile, aufsuchende und mehrsprachige Angebote.

Dies schließt auch den Zugang zum Justizsystem und Kenntnisse zur Durchsetzung eigener Rechte und Leistungsansprüche ein.

Teilhabe für alle ermöglichen

Öffentliche Angebote, wie etwa Schwimmbäder oder Theater, müssen auch für Menschen mit niedrigem Einkommen zugänglich sein. Um allen Menschen Mobilität zu ermöglichen, muss darüber hinaus der öffentliche Nahverkehr verlässlich und erschwinglich sein. Für einen niedrigschwelligen Zugang sollten dabei weiterhin Kurzstreckentarife und analoge Tickets angeboten werden.

Quartiere stärken

Die soziale Infrastruktur, etwa die Kapazität an Kitaplätzen oder die Anzahl an Arztpraxen, ist in den Quartieren von Kommunen ungleich ausgeprägt. Es braucht gezielte Förderung, damit alle Menschen wohnortnah Zugang zu Betreuung, Bildung, medizinischer Versorgung und Pflege haben.

Herausgegeben von:

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der
Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen

www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de

Redaktion:

Arbeitsausschuss Armut und Sozialberichterstattung
c/o Dominique Hopfenzitz, Michaela Hofmann, Maximilian Köster,
Heike Moerland, Franz Werfel

Dank an:

Journalist*innen und Texter*innen für die Durchführung der Interviews:
Christopher Johne, Heike Gersthagen, Ina Durdin, Markus Harmann, Pia Klinkhammer, Katharina
Kindsmüller, Celina Winter, sowie an alle Personen, die ihre Lebensgeschichte für diese Broschüre
zur Verfügung gestellt haben.

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Gemeinsam für ein soziales Nordrhein-Westfalen

